

Denk-Anstöße 2008

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Ausgabe Januar 2008

Prognosen 2008

Uneinheitlich werden die konjunkturellen Aussichten für das junge Jahr 2008 eingeschätzt. Während Bundesregierung und Bundesbank von einem BIP-Wachstum von 2 % ausgehen, sieht der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels den gesamtwirtschaftlichen Aufschwung „am seidenen Faden“. Während die Wirtschaftsweisen eine Steigerung um 1,9 % prognostizieren und das Institut der deutschen Wirtschaft „einen entspannten Blick nach vorn“ richtet, sieht der BDI angesichts des starken Euro, der hohen Öl- und Rohstoffpreise sowie der noch nicht ausgestandenen Subprime-Krise wachsende Risiken. Die Deutsche Bank erwartet für 2008 mit 50%iger Wahrscheinlichkeit eine „Mini-Rezession“ in Deutschland. Und der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes rechnet im Wohnungsbau mit einem Minus von 10 %, während sich der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie mit einem auf 2 % geschätzten Umsatzrückgang im Wohnungsbau noch vergleichsweise zuversichtlich zeigt. Prognosen fallen bekanntlich immer dann schwer, wenn sie mit der Zukunft zu tun haben.

Stagflations-Gefahr

Die gute und die schlechte Nachricht: Die Arbeitslosigkeit ist 2007 mit 3,38 Mio. Menschen auf den tiefsten Stand seit 15 Jahren gesunken. Gleichzeitig ist die Inflationsrate auf den höchsten Wert seit 1994 gestiegen. In NRW erreichte die Teuerungsrate im November – vor allem durch die Preisexplosion bei Energie und Lebensmitteln – 3,2 %. Sollte der Euro gegenüber dem Dollar weiter zulegen, so dürfte die Verbindung von Wechselkurs- und Preissteigerungseffekten vor allem die exportabhängige Industrie massiv unter Druck setzen. Die Bundesregierung ist gefordert, der Gefahr einer Stagflation entgegenzuwirken. Das beste Rezept ist unverändert die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland.

Schlamperei

Mit einem glatten „Mangelhaft“ bewertet der Staatsrechtler Prof. Ulrich Karpen die bisherige Gesetzgebungsarbeit der großen Koalition. Drei von vier Gesetzen hätten die Bürokratiekosten erhöht, und handwerkliche „Schlamperei“ führe dazu, dass Gesetze schon nach kurzer Zeit überarbeitet werden müssten. 58 % der bisher verabschiedeten 698 (!) Gesetze seien „änderungsanfällig“. Ursächlich dafür seien vor allem hektische Gesetzgebungsverfahren, deren Weichen in nächtlichen Koalitionsrunden – oft ohne Beteiligung von Fachleuten – gestellt würden.

Aktionismus

Die fünf Wirtschaftsweisen haben der Bundesregierung dringend geraten, am eingeschlagenen Reformkurs festzuhalten. Das Gutachten mit dem Titel „Das Erreichte nicht verspielen“ warnt vor „klientelorientiertem, wirtschafts- und sozialpolitischem Aktionismus“ als Folge eines Linksrucks. Eine klare Strategie sei derzeit nicht erkennbar, wahltaktische Überlegungen rückten in den Vordergrund. In der Wahrnehmung der Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger hätten die weiterhin vorhandenen Probleme wegen der konjunkturellen Belebung an Dringlichkeit verloren.

Innovation

Im globalen Wettlauf um die besten Bedingungen für Innovationen rangiert Deutschland nur noch auf Platz 8 unter 17 führenden Industrienationen. Im Rahmen einer neuen DIW-Vergleichsstudie sind 150 Einzelwerte zu einem Indikator zusammengebunden worden. Das relativ schlechte Abschneiden der Bundesrepublik ist vor allem auf die Fortschritte anderer Länder zurückzuführen. Als vorrangige Schwachstellen identifiziert die Studie das Bildungssystem, „Wettbewerb und Regulierung“ sowie die Finanzierung für Innovationen. Gute Werte erreicht Deutschland dagegen bei der Vernetzung von Wirtschaft und Forschung, bei der Umsetzung neuer Ideen in marktfähige Produkte und Dienstleistungen.

Nur mit Druck

Bei manchen Versicherungen ist eine systematische Blockade-Politik festzustellen, die Regulierungsansprüche zunächst grundsätzlich bestreitet oder infrage stellt, um die Versicherungsnehmer zu demotivieren. Durch gezielte Verunsicherung versucht man, sich aus der Zahlungsverpflichtung herauszumogeln. Erst wenn die Anspruchsinhaber massiven Druck aufbauen oder mit dem Anwalt drohen, erfolgt die Zahlung meist schnell und reibungslos. Die Dummen sind jene, die sich einschüchtern lassen. Die vermeintlich schlauen Erfinder dieser perfiden Strategie dürften allerdings durch die Reaktion ihrer Kunden bestraft werden: Schnellstmögliche Kündigung lautet die Devise.

Wie Columbus ...

Der Handy-Exhibitionismus gehört zu den Plagen der Neuzeit. Vor allem bei Flugreisen sorgen erstaunliche Rituale nicht nur für allgemeine Erbauung. So wird jede Landung flugs nachhause oder ins Büro gemeldet. Offenbar warten ständig ganze Heerscharen darauf, dass ihre Helden den erfolgreichen Vollzug gefährlicher Expeditionen kommunizieren. „Du, ich bin jetzt hier gelandet“, klingt es dutzendfach in Zimmerlautstärke mit wichtiger Miene. So ähnlich muss Columbus geschaut haben, als er Indien bzw. Amerika entdeckt hatte. Vielflieger sind besonders dankbar dafür, an den aktuellen Problemen ihrer Reisegegnossen teilhaben zu dürfen. „Mann, hab' ich Kopfschmerzen“, „Der Chef macht Druck“ oder „Meine Frau hat die E-mail gelesen“ – so lauten die schicksalsschweren Bekundungen, die eigene Sorgen und Nöte relativieren.

Ausgabe Februar 2008

Globale Abkühlung

Uno, Weltbank und Weltwirtschaftsforum haben vor einer globalen

Konjunkturabkühlung in 2008 gewarnt. Die Bundesregierung hat die BIP-Prognose auf unter 2 % herabgesetzt. Vor allem der deutsche Außenhandel, der in den letzten beiden Jahren als eigentlicher Wachstumsmotor gewirkt hat, dürfte sich deutlich abschwächen. Der BGA erwartet einen Rückgang von über 9 % in 2007 auf 5 bis 6 % in diesem Jahr. Für erhebliche Unsicherheit sorgen die Dollar-Schwäche, die Energiepreise und – vor allem – die globalen Auswirkungen des Subprime-Desasters. Im Bundeswirtschaftsministerium denkt man derzeit – für alle Fälle – schon über ein konjunkturelles Notpaket nach, das die Konsumfreude und Kaufkraft stärken soll.

Subprime-Risiken

In den USA wächst die Angst vor einer Rezession. Ein FED-Sprecher warnte kürzlich vor der größten Krisengefahr seit 50 Jahren. Die gewaltigen Subprime-Flurschäden werden wohl erst Ende März annähernd erkennbar sein. Bisher haben die Banken Abschreibungen in Höhe von rund 100 Mrd. US-Dollar für hypothekennahe Wertpapiere (CDOs) und zweitklassige Hypotheken gemeldet. Allein bei CDO-Produkten besteht ein weiteres Risiko-Potenzial von 148 Mrd. US-Dollar. Außerdem uferf das Problem aus auf Versicherungen und Kreditkartengesellschaften. Manche Insider schließen inzwischen nicht mehr aus, dass die Domino-Effekte eine Weltwirtschaftskrise mit fatalen Dimensionen auslösen könnten.

Anbieterungs-Politik

Die SPD-Linke wirft die letzte volkswirtschaftliche Vernunft über Bord. Es zählt nur noch, was ankommt, nicht aber, worauf es ankommt. Leute wie Steinbrück, die zurecht auf das ungelöste Verschuldungsproblem hinweisen, werden als unerwünschte Mahner missachtet. Auch in diesem Jahr wird die Netto-Neuverschuldung erneut, nämlich um knapp 12 Mrd. Euro zunehmen. Der Bundeshaushalt 2008 weist als größte Positionen die Bereiche Arbeit und Soziales (124 Mrd. Euro) und Bundesschuld (42,9 Mrd. für Zins und Tilgung) aus. Zum Vergleich: Für Bildung und Forschung stehen nur 9,4 Mrd. zur Verfügung, für Familie und Jugend lediglich 6,2 Mrd. Euro. Der „Stern“ moniert: „Deutschland steckt alle Kraft in den Sozialstaat. Doch das reicht nicht. Geld zu verteilen, schafft keine Gerechtigkeit. Sozialen Fortschritt gibt es nur, wenn wir endlich mehr Bildung wagen“. In einer solchen Situation zukunfts-gestaltende Politik durch Anbieterung in Form neuer finanzieller Wahlversprechen zu ersetzen, lässt ein beachtliches Maß an Verantwortungslosigkeit erkennen. Angesichts dieser Entwicklung denkt Wolfgang Clement über einen Parteiaustritt nach. Teil der Schönfärberei ist auch die Arbeitsmarkt-Statistik: Offiziell waren im Jahresdurchschnitt 2007 rund 3,8 Mio. Menschen als arbeitssuchend gemeldet. Verschwiegen wird dabei die Zahl der 1,2 Mio. Personen, die sich in Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungen befinden. Hinzu kommt die hohe Dunkelziffer der Arbeitswilligen, die aus verschiedenen Gründen nicht mehr in der Statistik auftauchen. Die reale Zahl der Arbeitslosen dürfte also bei etwa 5,3 Mio. liegen.

Zwischenruf

Der Bundespräsident hat von den Parteien „mehr Reformmehrgeiz“ gefordert. Köhler wörtlich: „Wir investieren – materiell und immateriell – immer noch zu wenig in die Zukunft unseres Landes“. Die Mittelschicht sei von zunehmender Verunsicherung gekennzeichnet. Die Gesellschaft werde nicht durch Nivellierung der Einkommen, sondern durch Chancengerechtigkeit zusammengehalten. Gleiche Bildungschancen seien die wichtigste Form sozialer Gerechtigkeit. Hier gebe es noch viel zu tun. Man

solle allerdings nicht glauben, Glück lasse sich als Sozialleistung organisieren. Ein Politiker hat diesen Aufruf des wohl kompetentesten aller bisherigen Bundespräsidenten im kleinen Kreis als „form-, frist- und zwecklos“ bezeichnet.

Nicht in einen Topf

Das Bild der deutschen Unternehmer wird immer stärker durch exzessives Gehalts- und Abfindungsgeschachere in den Großkonzernen belastet. Die breite Öffentlichkeit differenziert nicht zwischen maßlosen (Ex-)Managern wie Klaus Esser und Jürgen Schrempp sowie den aktiven Inhabern kleiner und mittlerer Unternehmen, die oft voll in der Haftung stehen und anderswo als angestellte Führungskräfte mehr verdienen könnten. Es zeugt von falsch verstandener Solidarität, wenn Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände glauben, sich in der öffentlichen Diskussion mit „Sozialneid“-Argumenten schützend vor Multimillionen-Absahner stellen zu müssen. Hier sind Grundwerte tangiert, die das ethische Fundament der sozialen Marktwirtschaft bilden. Die KMU-Realitäten sehen anders aus: Einer neuen Studie zufolge sind 96 % der kleinen und mittleren Unternehmen gesellschaftlich engagiert. Dabei überwiegen Geld- und Sachspenden für Sozial-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen.

Rhetorik

Basta-Altkanzler Schröder hat vor allem bei Stil und Rhetorik nachhaltige Duftmarken hinterlassen. Noch heute leiten ganze Heerscharen ambitionierter Nachwuchspolitiker bei TV-Interviews ihre wegweisenden Bekundungen mit dem Satz ein: „Von daher denke ich mal...“ Es ist immer wieder schön zu hören, dass in diesen Kreisen überhaupt individuell gedacht wird. Vielleicht dient diese Formel jedoch auch nur als Nachweis der eigenen Existenzberechtigung in Anlehnung an René Descartes („Cogito, ergo sum“).

Ausgabe März 2008

Global Risks

Auf der Weltwirtschaft lasten so hohe Risiken wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Zu diesem Ergebnis kommt das World Economic Forum (WEF) in seiner kürzlich veröffentlichten Studie „Global Risks 2008“. Als die vier größten Problembereiche identifiziert die Untersuchung die globale Finanzkrise, die zunehmende Nahrungsmittelknappheit, die steigenden Energiekosten sowie nicht ausschließbare Unterbrechungen der Produktionsketten. Die größte Sorge bereitet den Fachleuten die gegenwärtige Verfassung des weltweiten Finanzsystems. Die Risikostruktur erschwere abgestimmtes Handeln zur Krisenbewältigung. Ein Einbruch der Vermögenswerte um mehr als eine Billion Dollar sei das wahrscheinlichste und teuerste Risiko für die Weltwirtschaft in diesem Jahr.

Maschine ohne Lenker

Der Spekulationsskandal bei der französischen Großbank Société Générale markiert einen neuen Rekord auf der nach oben offenen Chaos-Skala wirtschaftlicher Absurditäten. Ein Jungbanker hat bekanntlich fast 5 Mrd. Euro verzockt. Und die Bank hat durch das panikartige Abstoßen der Spekulationspapiere wesentlich zum weltweiten Aktien-Crash beigetragen. Der unfassbare Totalausfall bei Controlling und Risikomanagement hat – in Verbindung mit den riesigen Subprime-Verlusten bei anderen Instituten wie der UBS – eine schwere Vertrauenskrise ausgelöst. „Le

Figaro“ kommentiert : „Diese unglaubliche Affäre verstärkt das Misstrauen, das seit dem Beginn der Krise auf dem US-Hypothekenmarkt den Ruf der Finanzwelt ruiniert. Die gegenwärtigen Turbulenzen an den Börsen zeigen, dass die Maschine sich langsam der Kontrolle ihrer Lenker entzieht.“ Ist eigentlich wirklich auszuschließen, dass sich derartige Katastrophen nicht auch aus anderen Motiven als Größenwahn und Geldgier wiederholen? Fundamentalistische Fanatiker könnten sich bereits darüber Gedanken machen, ob geschickt geplanter und koordinierter Wirtschaftsterrorismus nicht eine wesentlich stärkere Zerstörungskraft entfalten kann als „herkömmliche“ Anschläge, um dem Rest der Welt den Rest zu geben.

Machtverschiebung

Die Hypothekenkrise in den USA hat die internationalen Finanzmärkte auf den Kopf gestellt. Ende Januar 2008 wurde das Ranking der weltweit größten Finanzdienstleister – nach Marktkapitalisierung – erstmals von einer chinesischen Bank angeführt. Die vorherige Nr. 1, die amerikanische Citigroup, ist nach Rekordverlusten auf Rang 7 abgestürzt. Auf Platz 4 und 5 sind ebenfalls Institute der „Volksrepublik China“ vorgerückt. Die Geschwindigkeit, mit der die Subprime-Schäden zu einer massiven Machtverlagerung im internationalen Finanzgefüge geführt haben, ist atemberaubend. Nur der Vollständigkeit halber: Die Deutsche Bank als größtes Institut hierzulande liegt bei diesem Ranking nur auf Platz 27. Und Deutschland wird in diesem Jahr seine Rolle als Exportweltmeister an China verlieren.

Energie-Fiktionen

Sprachlos macht auch die Tatsache, dass die hessischen Landtagswahlen nicht zuletzt durch eine zum Teil gespenstisch anmutende Diskussion über die künftige Energieversorgung entschieden worden sind. Die Heile-Welt-Fiktion der SPD-Spitzenkandidatin, die vorgibt, die Versorgung lasse sich – ohne Atomkraft und neue Kohlekraftwerke – mit regenerativer Energie sichern, haben Fachleute als Gefährdung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit bezeichnet. Derzeit werden in Deutschland 26 % des Stroms aus Atomenergie erzeugt, 57 % in Kohle- und Gaskraftwerken, aber nur 14 % durch Wind, Sonne und Wasserkraft. Gleichwohl bleibt der Bundesumweltminister bei seinem Plan, bis 2021 alle 17 Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten. Wolfgang Clement, den seine Partei nach der Hamburg-Wahl als lästigen Störenfried ausschließen dürfte, hat angemerkt: „Wenn wir uns nach dem Wärmesektor nun auch auf dem Strommarkt überwiegend von Importen abhängig machen, fliegen uns die Preise um die Ohren.“

Zeitgeist

In einer lesenswerten Abhandlung befasste sich der „Stern“ mit dem Phänomen des neuen deutschen Spießers. Laut Brockhaus sei der Spießler ein „engstirniger Mensch, der sich an überlebten Anschauungen und moralischen Grundsätzen orientiert, Neuerungen und Fortschritte ablehnt und seinen sozialen Status verteidigt“. Das Blatt schreibt weiter: „Der Mainstream-Mensch eben, immer im Kielwasser seines Szenedampfers. Der Typus stirbt nie. Man kann ihn überall entdecken. Auf dem Rosa-Luxemburg-Kongress in Berlin zum Beispiel, einer Wärmestube für Stalinisten und Linksextreme. Stasi-Rentner, die Schlipse zu schwarzen Lederjacken tragen, umarmen den Genossen Egon Krenz. Der ehemalige SED-Bonze trägt Bauch und eine Joppe drüber, die er bei Takko gekauft haben mag. Palästinenserfeudelträger sind da, kurzhaarige Toskana-Frauen mit 200-Euro-Schals, ein paar Punker-Würstchen mit schlecht gefärbten Haaren sowie der

zerfurchte Schauspieler Rolf Becker, der im Plenum mit angenehmer Stimme Freiheit für Christian Klar und den amerikanischen Polizistenmörder Mumia Abu-Jamal fordert. Es gibt neue Darlings im Kasperletheater der Ultralinken, wie Venezuelas Populisten Chávez, und alte Idole wie die Schlächter Saddam und Milosevic. Die üblichen Schinken von Marx, Engels, Lenin und Luxemburg gilben auf den Büchertischen. Bush ist Satan, Merkel Luzifer. Der wohlige Mief des Antiamerikanismus wabert durch die Hallen der Berliner TU“.

Ausgabe April 2008

Steuer-Moral

Der Liechtensteiner-Stiftungs-Skandal setzt neue Maßstäbe bei Ethik-Defiziten, aber auch bei der politisch artikulierten Scheinheiligkeit. Paul Kirchhof, der wohl wie kein anderer mit unserem Steuersystem vertraut ist, hat angemerkt: „Ich habe Verständnis für denjenigen, der gegenüber dem deutschen Steuerrecht nur ein schwaches Rechtsbewusstsein ausbildet.“ Gleichwohl gibt es nichts zu beschönigen, wenn Großverdiener solche „Vermeidungsstrategien“ verfolgen. Ebenso richtig ist aber auch: Wenn der Staat beim Versuch, die milliardenschwere Vergeudung von Steuern bei Bund, Ländern und Kommunen zu bekämpfen, nur 50 % der Energie aufbringen würde, mit der er jetzt die Steuerflüchtigen verfolgt, ließen sich die Steuerbelastungen für Bürger und Firmen deutlich senken, was wiederum der allgemeinen Steuermoral zugute käme. Warum hier trotz des alljährlichen Nachweises durch das Verschwendungs-Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler seit Jahrzehnten nichts geschieht, wirft grundsätzliche Fragen auf.

Polit-Legende

Zu den beliebtesten Schauermärchen linker Polit-Populisten gehört die Legende von der „neoliberalen“ Umverteilung von unten nach oben. Tatsache ist, dass das in puncto Einkommen obere Drittel der Haushalte 62 % der Finanzierungslast trägt, aber nur 11 % aller Transfers erhält. Die unteren 30 Prozent zahlen nur 5 %, empfangen aber 60 % der Leistungen. Die obersten 10 % der Einkommenssteuerzahler (ab 65.951 Euro Jahreseinkommen!) steuern ein Drittel des Aufkommens bei. Und das eine Prozent der Höchstverdiener (ab 162.231 Euro) bringt 20 % der gesamten Einkommenssteuer auf.

Problematische Polarisierung

Die „Mittelschicht“ der Durchschnittsverdiener schrumpft. Gehörten im Jahr 2000 noch 44 Mio. Menschen, also 62 % der Bevölkerung, dieser Gruppe an, so hat sich der Anteil 2006 auf 54 % reduziert. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) weist in einer neuen Untersuchung nach, dass vor allem „klassische Familienhaushalte“ von diesem Abstieg betroffen seien. Dagegen seien die Anteile der Deutschen mit besonders niedrigen sowie besonders hohen Einkommen gestiegen. Ob der jüngste Wirtschaftsaufschwung diese Verhältnisse geändert hat, sei noch offen. Diese Polarisierung muss den verantwortlichen Politikern zu denken geben. Führt doch das hypertrophe Sozial-System dazu, nicht nur den Besserverdienern, sondern auch den Durchschnittsverdienern immer tiefer in die Tasche zu greifen, um die steigenden Transferleistungen finanzieren zu können. Wenn einem Arbeitnehmer, für den sein Betrieb monatlich 2.792 Euro aufwendet, bei einem Bruttoverdienst von 2.259 Euro nur noch 1.466 Euro netto bleiben, kann von

Leistungsgerechtigkeit keine Rede mehr sein. Wer die Mittelschicht schwächt, stellt auf Sicht Marktwirtschaft und Demokratie zur Disposition. Der einzige volkswirtschaftlich zielführende Problemlösungsansatz besteht in der Strategie „Mehr Netto vom Brutto“.

Ursachen und Folgen

Steuergerechtigkeit setzt das Wissen des Gesetzgebers um die Konsequenzen für die Betroffenen voraus. Dass dies bei weitem nicht immer der Fall ist, zeigte jüngst der Bundesfinanzminister beim Interview-Versuch eines TV-Reporters zu den Folgen der zehnjährigen Weiterbeschäftigungsverpflichtung, die das neue Erbschaftsteuerrecht nach einer Betriebsübernahme vorsieht. Der Reporter wies Steinbrück darauf hin, dass kleine und mittlere Unternehmen verstärkt versuchen würden, die Mitarbeiterzahl zum Stichtag zu senken und stattdessen (nicht mitzählende) Leiharbeiter und Aushilfskräfte einzusetzen. Die Reaktion des Ministers war entlarvend: Mit flackerndem Blick bückte er den Reporter vor laufender Kamera ab und verwahrte sich dagegen, „unvorbereitet mit derartigen Detailfragen konfrontiert“ zu werden. Dafür könnte man mit Mühe noch einen Rest an Verständnis aufbringen. Schlimmer ist: Auch einen Monat später ist seitens des Ministeriums keine Initiative erkennbar, diese offenkundige Schwachstelle der Reform zu beseitigen. Zu diesem Politikstil passt auch, dass der Gesetzentwurf zur Erbschaftssteuerreform beim als Bürokratie-TÜV tätigen Normenkontrollrat glatt durchgefallen ist.

Künstler-Bürokratie

Als letztes Beispiel für staatliche Abzockerei sei die Künstlersozialabgabe genannt, die seit ihrer Einführung in den 80er Jahren eine absurde Eigendynamik entfaltet. Dabei wird der Begriff der „Künstler“ und „Publizisten“ immer weiter ausgelegt. Firmen, die „freie“ Werbegrafiker und -fotografen, Webdesigner und Texter beauftragt haben, laufen jetzt Gefahr, die bislang nicht bekannte und daher auch nicht geleistete Abgabe von 5,1 % des Auftragswertes rückwirkend für fünf Jahre nachzahlen zu müssen. Bei einem werbeintensiven mittelständischen Unternehmen können sich diese Summen schnell in existenzgefährdende sechsstelligen Größenordnungen schrauben. Der Gipfel der Unverfrorenheit besteht darin, dass es bei der Erhebung nicht darauf ankommt, ob der „Künstler“ tatsächlich in der Künstlersozialkasse versichert ist und jemals deren Vorteile genießen wird. Es gibt darüber hinaus Fälle, wo die KSK beitragswillige Kandidaten abgelehnt, gleichwohl aber die Abgabe eingefordert hat. Aufrufe großer Wirtschaftsverbände zu einer Abschaffung dieses „bürokratischen Monsters“, das es natürlich nur in Deutschland gibt, wurden bisher nicht erhört. Stattdessen sorgen sich immer mehr freie „Künstler“ um ihre berufliche Zukunft.

Ausgabe Mai 2008

Kein Überblick

Nie zuvor hat der Internationale Währungsfonds innerhalb eines halben Jahres die Bewertung der weltweiten Finanzstabilität so drastisch korrigieren müssen. Der kürzlich vorgelegte „Global Financial Stability Report“ beschreibt die Lage als „fragil“ und fordert mehr Transparenz, Regulierung, Risiko-Management und verschärfte Finanzaufsicht. Die Bundesbank und die EU stimmen in der Bewertung überein, dass

das Schlimmste noch bevorstehe. Der EU-Kommissar für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten brachte das Problem im April 2008 – frei von diplomatischer Zurückhaltung – so auf den Punkt: „Wir haben noch keinen Überblick über das gesamte Ausmaß der Verluste, es fehlt noch an Vertrauen in die Banken“. Der „Spiegel“ titelt apokalyptisch: „Angst vor der Kernschmelze“. Die FAZ fasst ihre Ursachenforschung so zusammen: „Dreierlei hat dazu geführt: die Globalisierung, kurzfristige Politik und ungehemmte Geldgier“.

Abnorme Risiken

Der vom gnadenlosen Spekulanten zum Philanthropen mutierte George Soros verweist in seinem neuen Buch auf die unregulierten Schattenzonen als Ursache für die „Superblase“ an den Finanzmärkten. Selbst Kennern der Materie weitgehend unbekannt dürften die sogenannten CDS-Papiere zur Versicherung von Kreditrisiken sein, die gegenwärtig im sagenhaften Wert von rund 45 Billionen Dollar im Handel sind. Das entspricht dem Fünffachen der gesamten Staatsschulden der USA. Niemand – so Soros – wisse derzeit, ob und inwieweit die Marktteilnehmer ihren Handelsverpflichtungen nachkommen können. Der zentrale Irrtum bestehe in der Annahme, dass sich die Märkte auf Sicht auch in diesen exotischen Bereichen selbst korrigieren würden.

Retro-Politik

Die Konjunktur in Deutschland zeigt sich bisher relativ stabil. Dazu tragen vor allem das boomende Export-Geschäft und die positiven Impulse der Agenda 2010 bei. Das ifo-Institut sieht allerdings die Gefahr, dass diese Agenda jetzt rückabgewickelt werde, was die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise zusätzlich verschärfe. Der BDI warnt die Regierung davor, „unter dem Mäntelchen der sozialen Gerechtigkeit“ Wahlgeschenke zu verteilen. Und der BDA bezeichnet das Zurücktreiben von Reformen als „Retro-Politik“, die mit Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung nicht zu vereinbaren sei.

Machtverschiebung

Die Globalisierung hat das internationale Wirtschafts- und Finanzgefüge schon jetzt viel tiefgreifender verändert, als den meisten Beobachtern bewusst ist. Die Verschiebungen vollziehen sich in aberwitziger Geschwindigkeit. So sind die sogenannten BRIC-Länder, also Brasilien, Russland, Indien und China, bereits in die Spitzengruppe der Staaten mit den höchsten Devisenreserven vorgerückt. China verfügt inzwischen über zehnmal mehr Reserven als Deutschland und zwanzigmal mehr als die USA. Deutschland rangiert als relativ stärkste westliche Industrienation im Ranking gerade noch auf Platz 9 hinter China, Japan, Russland, Indien, Südkorea, Brasilien, Singapur und Hongkong. Und die USA sind mittlerweile hinter „Entwicklungsländer“ wie Malaysia und Thailand auf Rang 17 abgerutscht. Dazu passt auch die Liste der zehn reichsten Personen der Welt, die – neben zwei Amerikanern, einem Schweden und einem Deutschen – schon vier Inder, einen Mexikaner und einen Russen nennt.

Kreditklemme

Seit Herbst 2007 ist es für deutsche Unternehmen schwieriger geworden, Bankkredite zu erhalten. Davon sind – einer Befragung zufolge – vor allem mittelständische Betriebe betroffen. Ursächlich dafür seien die Auswirkungen der Finanzkrise und schwache Ertragslagen. Negativ schlage sich auch das generelle Problem der Unterkapitalisierung von KMUs nieder. Trotz der relativ guten letzten

Jahre sei die Zahl der Firmen, die über 30 % Eigenkapital und mehr verfügen, rückläufig. Damit dürften die Beteuerungen der Banken, eine Kreditklemme sei weder geplant noch in Sicht, als widerlegt gelten. Nur zur Erinnerung: Der Mittelstand stellt 99,7 % aller Firmen, beschäftigt 70,7 % aller Arbeitnehmer und bildet 82,7 % aller Lehrlinge aus. Dass es diese Betriebe ohnehin nicht leicht haben, zeigt die neue Studie „Die Zukunftsfähigkeit von Familienunternehmen“. Danach liegt die durchschnittliche Lebensdauer nur bei 24 Jahren. Lediglich 20 % schaffen es bis in die zweite und nur 7 % in die dritte Generation.

Partei-Strategie

In einem Blog der „Wirtschaftswoche“ lässt ein unbekannter Satiriker einen „K.Beck“ die neue Strategie der SPD folgendermaßen formulieren: „Gegenüber den sogenannten Linken verfolgen wir jetzt eine ganz neue Umarmungsstrategie. Wir werden unsere politischen Überzeugungen und Meinungen solange und soweit nach links verschieben, bis Lafontaine und Gysi das Handtuch werfen oder einen Mitgliedsantrag bei der SPD stellen. Anders gesagt: Wenn wir deren Programm einfach übernehmen, dann wird die sogenannte Linke doch vollkommen überflüssig. Durch diese flexible Programmatik werden wir nicht nur für die Wähler immer attraktiver, sondern auch für die Funktionäre der sogenannten Linken. Tatsache ist, dass wir uns nicht öffnen, sondern deren Programm, Funktionäre und Wähler komplett übernehmen wollen. Jetzt ist Oskar der Getriebene und wir bestimmen das Gesetz des Handelns. Und das ist gut so. Wer uns jetzt noch einer Linksabweichung bezichtigt, der ist entweder dumm oder böseartig.“

Ausgabe Juni 2008

Globaler Albtraum

Noch sind die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise nicht absehbar, da drohen die explodierenden Nahrungsmittelpreise zum globalen Albtraum zu werden. Nach aktuellen UNO-Schätzungen werden über 100 Mio. Menschen in den Entwicklungsländern zusätzlich in die Hungersnot abrutschen. Der Preisindex für Nahrungsmittel stieg nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO von März 2007 bis März 2008 um 57 %. Zu den wichtigsten Preistreibern zählen ungünstige Wettereinflüsse, steigende Produktionskosten und die boomende Nachfrage aus Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien. Als kontraproduktiv erweist sich auch die verstärkte Nutzung von Raps, Mais und Zuckerrohr zur Herstellung von Biodiesel und Ethanol. Allein das Abzweigen von Mais in den USA für die Ethanolproduktion ist für 40 % der höheren Getreidenachfrage in 2007/2008 ursächlich. Verschärft wird die Lage dadurch, dass Hedgefonds die Agrarmärkte als Spekulationsziel entdeckt haben. Auch Otto Normalverbraucher kann sich an dieser Zockerei um steigende Preise durch den Kauf von Zertifikaten beteiligen. Die Deutsche Bank bewirbt ihre Einladung zur Agrarspekulation – wohl unbewusst zynisch – mit den Worten: „Hunger nach mehr“.

„Perlen im Giftmüll“

Während die Banken unverändert mit Milliardenabschreibungen für weltweite Verunsicherung sorgen, sehen die Hedgefonds in den Trümmern der US-Immobilienkrise das nächste große Geschäft. Als „Perlensuche im Giftmüll“ bezeichnet der „Spiegel“ den Run auf „verseuchte Hypothekenscheine der Wall

Street“. Erstaunlicherweise haben auch große deutsche Versicherer wie Allianz und Münchner Rück ihre Absicht erklärt, massiv in ABS-Anleihen (Asset Backed Securities) einzusteigen. Experten schätzen das Investitionsvolumen auf 18 Mrd. Euro. Optimisten bewerten dies als positives Signal für ein Ende der Finanzkrise. Kritiker sehen darin den Versuch, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, und warnen vor der nächsten Finanzblase.

„Mehr Information“

Der frühere Chef der Credit Suisse hat kürzlich – ohne die ansonsten bei Banken übliche psychologische Weichspülung – darauf hingewiesen, dass das internationale Finanzsystem infolge der Subprime-Krise kurz vor dem Zusammenbruch gestanden habe. Ohne die Rettung der US-Investmentbank Bear Stearns wäre die Situation außer Kontrolle geraten. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) spricht von einem „hohen systemischen Risiko“ und warnt vor Kettenreaktionen auf Hedgefonds, Versicherungen und Pensionskassen. Das Institute of International Finance, ein Zusammenschluss der 370 führenden Banken der Welt, hat kürzlich Grundzüge für einen Verhaltenskodex vorgelegt, um künftig Finanzmarktkrisen zu vermeiden. Gefordert wird unter anderem eine gründlichere Information der Vorstände in puncto Risikomanagement. Mit anderen Worten: Sie wissen (bisher) nicht, was sie tun. Eine entlarvende Erklärung der eigenen Kontrolldefizite und Hilflosigkeit...

Problem-Kern

Während derzeit ebenso hektisch wie aktionistisch nach neuen „Krisenreaktions-Strategien“ gefahndet wird, die sich vor allem mit Symptomen, Frühwarnsystemen und Schadensbegrenzung befassen, erfolgen Ursachenforschung und Problemanalyse bisher nur in geschlossenen Zirkeln. Fredmund Malik kommentiert den Status so: „Die Risiken sind ins Astronomische gewachsen. Das Denken und Verstehen der Komplexität des Systems und seiner inneren Gesetzmäßigkeiten ist aber zurückgeblieben“. An einer fundamentalen Erkenntnis kommen Politik und Finanzwirtschaft allerdings nicht mehr vorbei: Die weitgehend unkontrolliert agierenden Hedgefonds haben sich selbst als Kern des globalen Problems identifiziert. Helmut Schmidt hat schon vor über 15 Jahren vor den damit verbundenen Risiken gewarnt. Der amerikanische Finanzautor T. Davis Bunn hat bereits 2001 in seinem Buch „Drummer in the Dark“ nahezu seherisch gewarnt: „Internationale Hedgefonds sind zu Dämonen der Globalisierung geworden. Die Banken, die in einem Morast von Derivaten und Hedge-Geschäften versunken sind, sind Zeitbomben, die nur drauf warten, zu explodieren. Und dabei drohen sie unsere gesamte ökonomische Gesundheit zu ruinieren. Die Investmentbanker wollen keine Stabilität. Stabilität bedeutet Balance und Vorhersehbarkeit, und sie ist das Ende jeder Chance auf extremen Profit. Hedgefonds und Derivathändler haben eines gemeinsam: Sie leben von Instabilität. Sie wollen das Chaos. Sie wollen dramatische Swings. Und sie werden immer größere Swings befördern, wann immer sie dazu Gelegenheit bekommen. Wir haben es mit einer Wiederholung der wilden Zwanzigerjahre zu tun, jetzt aber in einem globalen Maßstab. Diese Investmentbanker agieren ohne die geringste Rücksicht auf die Auswirkungen, die ihr Handeln auf die Kleinen und Wehrlosen hat. Sie müssen gezügelt werden. Sie müssen gezähmt werden“. Am Rande sei angemerkt, dass die bestverdienenden Top-Manager der amerikanischen Hedgefonds selbst im Krisenjahr 2007 Einkommen hatten, die zwischen 400 Mio. und 3,7 Mrd. US-Dollar lagen.

Ohne Konzept

Die gegenwärtig fragile Phase der Weltwirtschaft wird von der breiten Öffentlichkeit kaum noch wahrgenommen. Erschreckend wirkt die Konzeptionslosigkeit der amtierenden Bundesregierung, die bisher keinerlei ernstzunehmende Vorschläge zur globalen Problemlösung hat erkennen lassen.

Ausgabe Juli 2008

Monster

In ungewöhnlich deutlicher Weise hat sich der Bundespräsident zu den Ursachen und Gefahren der internationalen Finanzkrise geäußert. Horst Köhler wörtlich: „Die internationalen Finanzmärkte haben sich zu einem Monster entwickelt, das in die Schranken gewiesen werden muss. Die Überkomplexität der Finanzprodukte und die Möglichkeit, mit geringstem Haftungskapital große Hebelgeschäfte in Gang zu setzen, haben das Monster wachsen lassen“. Die Finanzwelt habe sich mächtig blamiert. Der Bundespräsident forderte eine strengere und effizientere Regulierung zur Kontrolle der Weltfinanzmärkte. Erforderlich seien mehr Eigenkapital für Finanzgeschäfte, mehr Transparenz und eine globale Institution, die unabhängig über die Stabilität des internationalen Finanzsystems wache. Auf Seiten der Bundesregierung sind bisher keinerlei Beiträge zur Lösung dieses zentralen Weltwirtschaftsproblems erkennbar.

Wahlkampfkosten

Das ehrenhafte Ziel des Finanzministers, für 2011 erstmals seit 40 Jahren wieder einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung auszuweisen, erscheint zunehmend unreal. Schon für 2009 haben seine Kabinettskollegen zusätzliche Ausgaben in Höhe von 7,5 Mrd. Euro gefordert. Bis 2012 summiert sich die populistische Wunschliste sogar auf 41 Mrd. Euro. Abzuwarten bleibt, ob Steinbrück in der Abwehrschlacht gegen neue Begehrlichkeiten noch mit der (mehrfach zugesagten) Unterstützung der Bundeskanzlerin rechnen kann.

Milch und Ethik

Der Lieferstreik der Milchbauern wurde überschattet von Nachrichten über zunehmende Hungersnöte in den Entwicklungsländern. Ursächlich dafür ist die Explosion der Nahrungsmittelpreise, die vor allem auf das unselige Zusammenwirken von Agrarsubventionen und Spekulantentum zurückzuführen ist. Das im Jahr 2000 von der UNO proklamierte Ziel, die Zahl der Hungernden von damals 800 Mio. Menschen bis 2015 zu halbieren ist – wenn kein Wunder geschieht – nicht mehr erreichbar. Die deutschen Milchbauern haben diesen Hintergrund bei ihren Aktionen zur Erzwingung höherer Abgabepreise sicherlich nicht bedacht. Gleichwohl dürften die Fernsehbilder von demonstrativer Milchvernichtung bei vielen Betrachtern die Frage aufgeworfen haben, ob Ethik im Wirtschaftsleben inzwischen zum verzichtbaren Luxus geworden ist.

Auf Eis

Bei den deutschen Finanzämtern haben sich mittlerweile fast 6,85 Mio. unerledigte Einsprüche aufgestaut. In etwa 80 % dieser Fälle ist die Finanzverwaltung zur Untätigkeit verdammt, weil sie auf Entscheidungen der Finanzgerichte, des Bundesverfassungsgerichts oder des Europäischen Gerichtshofs warten muss. Bei

derartigen Musterverfahren werden die Einsprüche zum Ruhen gebracht oder die Verfahren ausgesetzt. Diese Fakten entsprechen prinzipiell dem rechtstaatlichen Procedere. Mehr als fragwürdig ist allerdings die aus den Fugen geratene Quantität, die durch unser ebenso kompliziertes wie inkonsequentes Steuersystem bedingt und geeignet ist, das Rechtsempfinden der Bürger weiter zu untergraben.

Talkshow-Republik

In einem lesenwerten Artikel befasst sich der „Spiegel“ mit den „politischen Ritualen der Talkshow-Republik“. Die Talkshows seien zum „Hilfparlament der Demokratie“ geworden und bestimmten die politische Debatte im Lande. Daraus resultiere folgendes Dilemma: „Wer die soziale Gerechtigkeit wirklich ernst nimmt, ruiniert auf Dauer den Sozialstaat. Aber wer soziale Gerechtigkeit vernachlässigt, verliert in der Talkshow-Demokratie ziemlich schnell die Macht. Darum ist in den letzten Wochen unter den Parteien das Wetteifern um die größten Steuergeschenke ausgebrochen.“ In der Tat: Der „Konflikt zwischen Sozialpropagandisten und Marktrealisten“ ist zum dramaturgischen Strickmuster dieser TV-Runden geworden. Immer dieselben Akteure vertreten in ständig wechselnden personellen Zusammensetzungen immer dieselben Thesen und Standpunkte. Die tibetanische Gebetmühle erscheint im Vergleich dazu als Quelle der Überraschung und Kreativität.

Gleichheit

Der Kieler Philosophie-Professor Wolfgang Kersting hat in bemerkenswerter Weise zum Spannungsfeld der inflationär genutzten Begriffe Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit Stellung bezogen. Nur der letztgenannte Begriff habe keine rhetorische Karriere gemacht. Mit einer Politik der Freiheitsmehrung könne man hierzulande die Wählerscharen nicht so zuverlässig hinter sich bringen wie mit sozialstaatlichen Verteilungsversprechen. Kersting weiter: „Darum gibt es bei uns keine Freiheitspolitik, sondern verteilende Sozialpolitik. Und dadurch sind die Voraussetzungen geschaffen, dass sich jede Begehrlichkeit jeder lautstark auftretenden Interessengruppe als gerechtigkeitsmoralischer Anspruch verkleiden kann. Wer will schon gegen ‚Gerechtigkeit‘ argumentieren?“ Und an anderer Stelle: „Liberale Gerechtigkeit meint Chancengerechtigkeit. Es ist dafür zu sorgen, dass die institutionellen Rahmenbedingungen, die die Erfolgchancen unserer Lebensführung bestimmen, nicht zu Privilegien für wenige werden. Dazu gehört vor allem, dass der Sozialstaat auf kluge Weise investiv tätig wird und nicht immer nur die konsumtive Seite weiter verstärkt. Wir brauchen keinen Füllhorn-Sozialstaat, sondern einen Gestaltungs-Sozialstaat, der es jedem – insbesondere auf den Feldern der Ausbildung – ermöglicht, seine Begabungsressourcen zu entwickeln.“

Ausgabe August 2008

Weiche Landung?

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einem zunehmend steilen Sinkflug. Es mehren sich die Anzeichen für den Beginn einer Rezession. Der ifo-Geschäftsklimaindex, der wichtigste Frühindikator für die deutsche Konjunktur, verzeichnete im Juli den stärksten Einbruch seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Die meisten BIP-Jahresprognosen dürften in den nächsten Wochen z.T. deutlich revidiert werden. Beschleunigt wird die Abkühlung durch die weltweiten Auswirkungen der Subprime-Krise in den USA, unter denen auch

Deutschland – einer neuen Weltbank-Studie zufolge – noch etwa vier Jahre zu leiden haben dürfte.

Ungelöste Hausaufgaben

Das Wort Reform ist in der öffentlichen Diskussion zum von fast allen Politikern gemiedenen Tabu-Begriff geworden. Vor allem im linken Spektrum wird „Reform“ gleichgesetzt mit Sozialabbau, nicht aber mit dem unumgänglichen Zwang zur strukturellen Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Auch die CDU hat den noch im letzten Bundestagswahlkampf bewiesenen Mut, unpopuläre Wahrheiten und Notwendigkeiten anzusprechen, ersetzt durch den Rückzug in die sozialharmonische Kuschelecke. Der fast ausschließlich vom Export gespeiste konjunkturelle Aufschwung der letzten Jahre wurde parteiübergreifend als Beweis für die Unnötigkeit weiterer Reformen missverstanden. In der SPD geht die Fehldeutung sogar soweit, die mühsam gestartete Agenda 2010 als neoliberal zur Disposition zu stellen. Und die gängige CDU-Argumentation, in der großen Koalition könne man eben nicht wie man wolle, scheint bei einigen Parteistrategen zum heimlich geschätzten Alibi für zukunftsgestaltende Untätigkeit geworden zu sein. Diese Schönwetter-Politik dürfte sich im Falle einer anhaltenden Rezession bitter rächen.

Geisterfahrer

Als „Geisterfahrer“ hat ifo-Chef Sinn die Politiker bezeichnet, die den Atomausstieg zur Staatsdoktrin machen wollen. Außer Deutschland halte kein einziges Land mehr an diesem Projekt fest. Selbst Schweden, Belgien und Holland hätten die entsprechenden Beschlüsse inzwischen kassiert. Finnland baue derzeit das größte Kernkraftwerk aller Zeiten. In Großbritannien, China, den USA, Japan, Tschechien und der Schweiz seien momentan 65 neue Atommeiler im Bau oder in Planung. Ein Festhalten an den Ausstiegsplänen werde in Deutschland gravierende Versorgungsprobleme, erhebliche Wettbewerbsnachteile, immense Mehrkosten und gewaltige Klima-Belastungen schaffen. Helmut Schmidt hat zu den Risiken atomarer Brennstäbe angemerkt: „Die große Mehrheit aller Staaten, aller Parlamente und Regierungen der Welt ist zu dem Ergebnis gekommen, dass dieses Risiko ethisch vertretbar sei. Ich wundere mich darüber, dass allein Deutschland zu einem anderen Ergebnis kommen möchte.“

Platz 12

Deutschland ist für Familienunternehmen – im Vergleich zu anderen Ländern – ein unattraktives Pflaster. Bei einer Vergleichsstudie in 18 Industrieländern landete die Bundesrepublik gerade mal auf Rang 12. Untersucht worden sind die Kriterien Steuern, Arbeitskosten, Regulierung, Finanzierung und Infrastruktur. Besonders schlecht abgeschnitten hat der Standort Deutschland bei der Regulierung des Arbeitsmarktes, bei Arbeitskosten und Produktivität. Übrigens: Rund 95 % aller Unternehmen in Deutschland sind Familienbetriebe. Sie erwirtschaften 41 % aller Unternehmensumsätze und beschäftigen 57 % aller sozialversicherungspflichtigen Mitarbeiter. Während bei den 30 im DAX notierten Konzernen zwischen 2002 und 2006 156.000 Stellen abgebaut worden sind, haben die Familienunternehmen im selben Zeitraum 170.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Zeitgeist

Nach der Ankündigung, den früheren Wirtschaftsminister Clement aus der SPD werfen zu wollen, hat ein Satiriker im „Wirtschaftswoche“-Blog den „SPD-Ortsverein Haselünne-Süd“ folgende Aktivität entfalten lassen: „Wir stellen hiermit beim

Partei Vorstand den Antrag, folgende Altgenossen aus der SPD auszuschließen:

1. den Genossen Helmut Schmidt (Hamburg) wegen seiner öffentlich geäußerten Zweifel an der Realisierbarkeit des vorgesehenen Atomausstiegs und wegen seiner militaristischen Rede bei der kürzlichen Vereidigung von Rekruten vor dem Reichstag.
2. den Genossen Sarrazin (Berlin) wegen seiner menschenverachtenden und unmoralischen Äußerung, dass auch in der Wohnung ein Pullover gegen Kälte helfen könne.
3. den Genossen Müntefering wegen seines reaktionären und unbelehrbaren Festhaltens an der als historisch falsch erwiesenen Agenda 2010.
4. den Genossen Steinbrück (Berlin) wegen seiner Weigerung, zum überfälligen Ausbau des Sozialstaats die entsprechenden Mittel durch Neuverschuldung bereitzustellen.
5. den Genossen Gerd Schröder (Hannover) wegen langjähriger Parteischädigung durch Frauenfeindlichkeit und Macho-Gehabe.
6. den Genossen Hans-Jochen Vogel (München) wegen unvollständiger Abrechnungsunterlagen beim Kauf von Klarsichthüllen.

Der o.g. Ortsverein hat dieser Beschlussvorlage einstimmig bei einer Enthaltung (Volltrunkenheit!) zugestimmt und fordert den Parteivorstand auf, die entsprechenden Parteiausschlussverfahren kurzfristig einzuleiten.“

Ausgabe September 2008

Nuancen

Der Aufschwung sei vorbei, hat die Wirtschaftsweise Beatrice Weder di Mauro am 14. August erklärt. Die Bundesregierung teilte am selben Tag mit, sie halte an der Wachstumsprognose von 1,7 % für 2008 fest. Der DIHK bezeichnete die Diskussion über eine beginnende Rezession als völlig deplaziert, während der BDI den Rückgang des BIP um 0,5 % im zweiten Quartal ein Alarmsignal nannte. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung sah im August sogar eine Verbesserung der Konjunkturerwartungen. Dagegen wächst bei den europäischen Managern – laut ifo – die Angst vor einem kräftigen Konjunkturéinbruch. Die Bundesbank sieht Deutschland nur vor einer Durststrecke, nicht aber vor einer Rezession. Ein breites Spektrum an Meinungen und Prognosen, aus dem sich jeder das Gewünschte aussuchen kann.

Konjunkturförderung

Im Wirtschaftsministerium denkt man für den Fall, dass auch das dritte Quartal mit einem BIP-Minus abschließt, über ein Konjunkturprogramm nach. Staatssekretär Walther Otremba hat die Rahmenbedingungen so umrissen: „Ein Stabilisierungsprogramm sollte all das enthalten, was ohnehin notwendig ist. Grundsätzlich und längerfristig sinnvoll ist es, steigende Steuer- und Abgabenbelastungen zu vermeiden, strukturelle Reformen auf dem Arbeitsmarkt und den sozialen Sicherungssystemen durchzuführen und so Beschäftigten und Unternehmen möglichst viel Spielraum für eigenverantwortliche, zukunftsweisende Aktivitäten zu schaffen. Auch die Förderung von umweltfreundlichen, energiesparenden Investitionen oder Forschungs- und Entwicklungsausgaben durch

zinsgünstige Kredite kann gesamtwirtschaftlich stützen, ohne die öffentlichen Haushalte stark zu belasten. Heimliche Steuererhöhungen durch das fatale Zusammenwirken von Inflation und progressivem Einkommensteuertarif, Abgabenerhöhungen wegen unzureichender Reformen im sozialen Sicherungssystem und vielfältige Anstrengungen, durch vermeintliche Schutzvorschriften die Beweglichkeit des Arbeitsmarktes weiter einzuengen, sind wachstumsfeindlich. Wenn man entschlossen Belastungsfaktoren der Wirtschaft bekämpft, ist das in einem schwierigeren ökonomischen Umfeld besonders verdienstvoll.“ Die Bundesbank hat vor einer kreditfinanzierten Ankurbelung der Konjunktur gewarnt, weil dies die Staatshaushalte „wieder in Schieflage“ bringe.

Versäumnisse

Unter der Überschrift „Ende der goldenen Jahre“ kommentiert die „Börsen-Zeitung“: „Jetzt rächt sich, dass die Bundesregierung für diesen konjunkturellen Ernstfall nicht vorgesorgt hat. Stattdessen wurden die Früchte der Hartz-Reformen, die den Aufschwung verstärkt und verlängert haben, verkonsumiert. Die Mehrwertsteuererhöhung kam obendrauf, was den Konsum zusammen mit der rasanten allgemeinen Teuerung nachhaltig hat einbrechen lassen. Die Reformrücknahmen und die anstehende Gesundheitsreform mit Beitragserhöhungen tun ein Übriges, um noch den letzten Funken Zuversicht zu löschen. Das ist eine gefährliche Melange. Denn der immer weiter um sich greifende Pessimismus ist durchaus in der Lage, aus der Konjunkturdelle von heute die Rezession von morgen zu machen.“

Mutation

Angela Merkel betreibt derzeit eine gezielte Annäherung an den Mittelstand, was die „Wirtschaftswoche“ als wahltaktischen „Schmusekurs“ bezeichnet. Ein Volkswirtschaftsprofessor kommentiert die Entwicklung so: „Im Vorfeld des Wahlkampfes wiederholt sich die alte Litanei: Die CDU-Führung bekundet mit schönen Worten ihren marktwirtschaftlichen Kurs und ihre Verbundenheit mit dem unternehmerischen Mittelstand. Tatsächlich ist hier in den letzten drei Jahren kaum etwas Positives zu vermerken. Ganz im Gegenteil: Die geplante Erbschaftssteuerreform wird wegen des Wegfalls der Freibeträge gerade die kleinen und mittleren Betriebe existenziell treffen. Dabei unterstelle ich keinen bösen Willen. Es scheint so zu sein, als gelte für die fachlich und zeitlich offenkundig überforderten Politiker immer öfter das Motto: Denn sie wissen nicht, was sie tun.“ Und ein Unternehmer merkt an: „Was nutzt dem Mittelstand eine Politik, die de facto hinter Schröders Agenda 2010 zurückbleibt und dringliche Aufgaben auf die nächste Legislatur-Periode verschiebt? Die heutige CDU orientiert sich – wie alle anderen Parteien vielleicht mit Ausnahme der FDP – mehr an tagesaktuellen Demoskopie-Werten als an mittel- und langfristigen Notwendigkeiten. Populismus ist zum Maß aller Dinge in der Politik geworden. Man tut nur noch das, was ankommt, nicht aber das, worauf es ankommt. Die CDU ist unter Frau Merkel zu einer weichgespülten SPD mutiert. Das mag ihren Popularitätswerten dienlich sein. Ihr Auftrag, das Land fit zu machen für eine Zukunft im globalisierten Wettbewerb, ist dabei auf der Strecke geblieben. Die Zeche dafür werden wir alle zu zahlen haben.“

Verlasteter Biosensor

Seit Jahrhunderten bietet die deutsche Sprache den Bürokraten vielfältige und dankbar genutzte Betätigungsfelder. Auf einer internationalen Tagung haben kürzlich Bochumer Forscher besonders aparte neue Stilblüten dieser speziellen Kreativität

vorgestellt. Dazu zählten „Personenvereinzelungsanlage“ (= Drehkreuz), „Spontanvegetation“ (= Unkraut), „bedarfsgesteuerte Fußgängerfurt“ (= Ampel), „Mehrstück“ (= Kopie), „Luftverlastung“ (= Hubschraubertransport) und „Biosensor“ (= Diensthund)

Ausgabe Oktober 2008

„Ernste Lage“

Um 0,6 % auf 1,4 % hat die EU-Kommission ihre Wachstumsprognose für 2008 abgesenkt. Die Teuerungsrate in der Eurozone werde 3,6 % erreichen. Jean-Claude Juncker sprach mit Blick auf die anhaltenden Finanzmarkt-Turbulenzen, die steigenden Rohstoffpreise und die sich ausweitende Immobilienkrise von einer „sehr ernsten Lage“. Das DIW erwartet für das dritte Quartal ein leichtes Minus. Der EU-Währungskommissar hat die Mitgliedsstaaten aufgerufen, in diesem „schwierigen und unsicheren Umfeld“ auf Reformkurs zu bleiben.

Wunsch und Wirklichkeit

Völlig unterschiedlich haben sich die Chefs der EZB und der Deutschen Bank zur internationalen Finanzkrise geäußert. Während Trichet von anhaltenden Problemen ausgeht, sieht Ackermann eine Stabilisierung und den „Beginn des Endes der Krise“. Allerdings seien die Märkte „nach wie vor außerordentlich nervös“ und reagierten panisch auf irgendwelche Botschaften. Anzumerken ist, dass der DB-Chef in den letzten Monaten schon mehrfach eine Beendigung der Krise angekündigt hat.

„Ziemlich ungemütlich“

Trotz der fortschreitenden Abkühlung rechnet die EU für 2008 unverändert mit einem Zuwachs des deutschen BIP um 1,8 %. Die OECD hat ihre Wachstumsprognose auf 1,5 % gesenkt, während die Bundesregierung 1,7 % erwartet. Als „erschreckend“ haben Volkswirte die Tatsache bezeichnet, dass der deutsche Export im Juli – gegenüber dem Vormonat – kalender- und saisonbereinigt um 1,7 % gesunken ist. Das ifo-Institut hat empfohlen, sich auf ein „ziemlich ungemütliches Jahr 2009“ einzustellen. Der Bundeswirtschaftsminister hat tröstend angemerkt, die „strukturelle Widerstandsfähigkeit“ der deutschen Wirtschaft sei erheblich gestiegen.

Globale Herausforderungen

Die Bewältigung von Klimawandel und Energiekrise verkörpert nach Einschätzung des Global Economic Symposium (GES) die größte Herausforderung für die Menschheit. Im Dringlichkeits-Ranking folgen die Verbesserung der multilateralen Zusammenarbeit, das weltweite Bevölkerungswachstum, die Verknappung von Ressourcen, die Verbesserung der Bildung, die Überwindung der Finanzkrise und die Bekämpfung der Armut. Als weniger dringend sehen die Weltwirtschaftsexperten das Problem der zunehmenden Einkommensungleichheit, den Kampf für Demokratie und die Überwindung von Krankheiten. So schnell bei der GES-Tagung in Plön Einigkeit bei der Identifikation der vordringlichsten Aufgaben herbeigeführt werden konnte, so kontrovers entwickelte sich die Diskussion über konkrete Lösungsansätze.

Keine Entwarnung

Die Klima-Erwärmung wird Deutschland weniger dramatisch verändern als vielfach befürchtet. Zu diesem Ergebnis kommt die neue Klimaprognose der

Bundesregierung, die das Max-Planck-Institut für Meteorologie durchgeführt hat. Als Risiken haben die Forscher sinkende Grundwasserspiegel, erhöhte Waldbrandgefahr, die Zunahme hitzebedingter Krankheiten, vermehrte Überschwemmungen und Kühlungsprobleme bei Atomkraftwerken definiert. Als „Chancen“ werden ertrageichere Ernten in Landwirtschaft und Weinanbau, weniger kältebedingte Krankheiten und ein Tourismus-Boom in deutschen Landen genannt. Ein Mittelmeer-Klima werde es in Deutschland nicht geben. Solche Studien bergen immer die Gefahr, von interessierter Seite einseitig interpretiert und vermarktet zu werden. Zur pauschalen Entwarnung besteht jedenfalls kein Anlass.

„Armutszeugnis“

Insbesondere der Mangel an Hochqualifizierten gefährdet zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Zu diesem Schluss kommt die internationale Vergleichsstudie „Bildung auf einen Blick“ der OECD. Mit Bildungsausgaben in Höhe von 5,1 % des BIP rangiert Deutschland auf dem viertletzten Platz unter 27 Industrienationen, also noch hinter den Ländern Slowakei, Ungarn und Tschechien. Ein Unternehmerverband hat diese Entwicklung als „Armutszeugnis für die deutsche Bildungspolitik“ bewertet. BDA und BDI haben den Fachkräftemangel bei Ingenieuren, Naturwissenschaftlern, Informatikern und Technikern als „gefährliche Innovations- und Wachstumsbremse“ bezeichnet. Derzeit können hierzulande 100.000 Stellen für Ingenieure mangels Bewerbern nicht besetzt werden. Als Problemlösung hat der DIHK von Bund und Ländern eine Flexibilisierung des Hochschulzugangs gefordert. Man brauche mehr Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Studium, also auch eine Studienberechtigung ohne Abitur für technische Berufe.

Marken-Piraten

Allein den europäischen Konsumgüterherstellern entsteht durch Marken- und Produktpiraterie ein jährlicher Schaden von 35 Mrd. Euro, was 2 % ihrer Jahresumsätze entspricht. Zwei Drittel der Unternehmen gaben bei einer Befragung an, regelmäßig von Produktfälschungen tangiert zu sein. Nach den Herstellern von Kleidung, Schmuck, Uhren und Kosmetik sind neuerdings auch zunehmend Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie betroffen. Die Fälscher kopieren also nicht mehr ausschließlich Luxusgüter. Den Piraten gelingt es – Experten zufolge – immer besser, sich den Zugang zu regulären Vertriebskanälen zu öffnen, was auf mafiöse Strukturen hindeute. Mitunter seien Plagiate schneller auf dem Markt als neue Originale. In weiten Kreisen der Bevölkerung gilt der Kauf von Plagiaten offenbar als Kavaliersdelikt.

Ausgabe November 2008

Vertane Chance

Im August 2007 (!) war an dieser Stelle zu lesen: „Die dramatische Zuspitzung bei schlecht abgesicherten US-Immobilienkrediten (Subprime) hat die zunehmende Fragilität der internationalen Finanzstrukturen verdeutlicht. Selbst Insider zeigen sich angesichts von Wucht und Schnelligkeit der globalisierten Domino-Effekte und Kettenreaktionen überrascht. Dieses Szenario bedroht wie ein Damokles-Schwert die Finanzmärkte. Ein großer Crash würde zu einer Weltwirtschaftskrise mit unabsehbaren Auswirkungen führen“.

Seitdem wurde im Rahmen der „Denkanstöße“ allmonatlich auf die wachsenden Gefahren für Wirtschaft und Gesellschaft hingewiesen. Am heutigen 10. Oktober 2008, an dem diese Kolumne geschrieben wird, steht die Welt vor der schwersten Wirtschaftskrise aller Zeiten. Historiker werden bei der Rekonstruktion der Ereignisse feststellen, dass die G7-Regierungen und die Notenbanken der dramatischen Zuspitzung über ein Jahr lang nahezu tatenlos zugeschaut haben. Selbst heute sind keine überzeugenden und abgestimmten Krisenbewältigungskonzepte erkennbar. Diese grob fahrlässige Unterlassungspolitik hat eine rechtzeitige Begrenzung der globalen Schäden verhindert. Und sie ist hauptursächlich für den weltweiten Vertrauensverlust bei Anlegern und Banken.

Vernunft

Nachdem das US-Rettungspaket, die eher virtuelle Spareinlagen-Garantie der Bundesregierung und die konzertierte Zinssenkung der Notenbanken nahezu wirkungslos verpufft sind, erschöpft sich das politische Krisen-Management gegenwärtig in Appellen. EU-Notenbank-Chef Trichet mahnt Banker und Börsianer: „Nehmt wieder Vernunft an!“ Die Regierungen reagieren hektisch nach dem Feuerwehr-Prinzip: Neue Brände werden jeweils in nationalen Alleingängen einzeln gelöscht. Dabei wird übersehen, dass verheerende, grenzüberschreitende Flächenbrände nicht mehr auszuschließen sind. Es fehlt – um im Bild zu bleiben – die supranationale Einsatzleitung, die die verfügbaren Rettungskapazitäten mit dem Blick auf das Ganze bestmöglich einsetzt, steuert und koordiniert.

Sündenfall

Die Vergesellschaftung der horrenden Verluste in den USA war – infolge der fahrlässigen Untätigkeit der US-Regierung – wohl unvermeidlich. Sie steht aber auch für einen historisch einmaligen ordnungspolitischen Sündenfall. Jetzt scheinen die marktwirtschaftlichen Dämme zu brechen: Die USA, Großbritannien und Island ziehen den letzten verfügbaren Joker, die Verstaatlichung der Banken. Weitere Länder werden folgen. Karl Marx dürfte vor Begeisterung im Grab rotieren. Ob, wie und wann die Industrienationen diese Systembrüche korrigieren können, ist derzeit völlig offen. Auch die Konsequenzen für Preisstabilität, Staatsverschuldung, Wirtschaft und Sozialversorgung sind nicht absehbar. In vertraulichen Politzirkeln wird schon über die Eventualitäten von Staatsbankrott und Währungsreform diskutiert.

Eigendynamik

Die Subprime-Krise ist mittlerweile nur noch Auslöser, nicht aber mehr Motor des Desasters an den internationalen Finanzmärkten. Das Hauptproblem besteht im Vertrauensverlust zwischen den Banken, die sich gegenseitig nur noch eingeschränkt mit Liquidität versorgen. FED und EZB versuchen derzeit, der Austrocknung der Finanzmärkte mit frischem Geld entgegenzuwirken. Dazu gibt es trotz der damit verbundenen inflationären Impulse keinerlei Alternative. Fest steht nur eines: Der jetzige Salami-GAU wird die Welt verändern, zu wirtschaftlichen und politischen Gewichtsverlagerungen führen sowie die Globalisierungs-Parameter für die nächsten Jahrzehnte neu definieren.

Kaffeersatz

Der IWF hat seine Konjunkturprognosen für 2009 bereits deutlich zurückgenommen. Für Deutschland erwartet man im nächsten Jahr eine Stagnation. Das DIW und der Bankenverband zeigen sich mit Wachstumserwartungen von 1,0 % bzw. 0,5 % noch

relativ optimistisch. Tatsächlich aber mehren sich im gesamten Euro-Raum die Anzeichen für eine tiefe und anhaltende Rezession. Die immer noch unkalkulierbaren Risiko-Potenziale der internationalen Finanzkrise machen Konjunkturprognosen gegenwärtig zur Kaffeesatzleserei. In dieser fragilen Lage wird es für die Bundesregierung Zeit, schnellstens Konjunkturförderungsprogramme für alle denkbaren Szenarien vorzubereiten.

Auf zum letzten Gefecht

Die aktuellen Flurschäden für das Ansehen und die Akzeptanz der Marktwirtschaft in der Bevölkerung sind erheblich. Es enthält schon eine widersinnige Konsequenz, dass unter dem Chaos auf den Finanzmärkten auch die mittelständischen Unternehmen in Deutschland zu leiden haben, obwohl sie nicht Täter, sondern Opfer dieser Entwicklung sind. Vor allem die linken Ideologen werden diese „historische Chance“ nutzen, um ihre verstaubten Konzepte aus der sozialistischen Mottenkiste zu reanimieren. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise werden den Bundestagswahlkampf dominieren. Lafontaine und seine PDS-Nachfolger rüsten sich schon jetzt „zum letzten Gefecht“. Den deutschen Unternehmern ist gleichwohl Selbstbewusstsein und Gelassenheit zu empfehlen. Was sich derzeit auf den internationalen Finanzmärkten abspielt, ist nicht zwingende Folge der Marktwirtschaft, sondern die Konsequenz von Gier, Größenwahn, Egomane und Rücksichtslosigkeit in weltweit unregelten Gestaltungsräumen.

Ausgabe Dezember 2008

Schwelbrände

Die internationale Finanzkrise schwelt derzeit – trotz aller staatlichen Lösversuche – weiter. Ein erneutes Aufflammen zu internationalen Flächenbränden scheint jederzeit möglich. Kaum sind die Subprime-Verluste einigermaßen absehbar, drohen neue Risiken bei Credit-Cards und Kreditversicherungen in derzeit unbekanntem Größenordnungen. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Nouriel Roubini rechnet mit weiteren „Gemetzeln“. Galten bisher vorrangig Banken als gefährdet, so wird mittlerweile auch über Staatsinsolvenzen spekuliert. Derzeit sind Unternehmen wie Bürger gut beraten, sich auf buchstäblich alle Eventualitäten einzustellen.

Engpässe

Sollte es auch in Deutschland zu Banken-Crashes kommen, so sind die Einlagen von Firmen hochgradig gefährdet. Denn: Diese Guthaben sind nicht vom (ohnehin nur virtuellen) Rettungspaket der Bundesregierung geschützt. Die zweite Bedrohung für die Unternehmen erwächst aus der erschwerten und teilweise sogar gestoppten Versorgung mit Krediten. Zurecht drängt die Bundesregierung die Banken, die in puncto Eigenkapital meist schwachen Unternehmen zu angemessenen Konditionen mit Fremdmitteln zu versorgen, damit diese ihre Aufträge vorfinanzieren und weiter investieren können. In der Überwindung dieses Engpasses besteht derzeit aus nationaler Sicht die größte volkswirtschaftliche Herausforderung.

Abwärtsspirale

Die Finanzkrise ist mit voller Wucht in Deutschland angekommen. Fast alle wichtigen Exportmärkte stehen im konjunkturellen Abschwung oder bereits in der Rezession. Die Hoffnung, dass bisherige Wachstumsmärkte wie die BRIC-Staaten die bei den

traditionellen Hauptabnehmer-Ländern entstehenden Nachfragerücken ausgleichen würden, dürfte sich als trügerisch erweisen. Im Gegensatz zu den Krisen der letzten Jahrzehnte erlebt die Welt nun, dass praktisch alle wichtigen Volkswirtschaften gleichzeitig in die Rezession steuern. Dabei wächst die Gefahr, dass sich die nationalen Abwärtsspiralen gegenseitig verstärken. Woher der Wind weht, zeigt die deutsche Industrieproduktion, die mit 3,6 % im September den stärksten Monatsrückgang seit 1995 zu verzeichnen hatte.

Roulette-Prognosen

Konjunkturprognosen werden momentan in kürzester Zeit von den Realitäten überholt. Die Annahme, die deutsche Volkswirtschaft werde auch 2009 ein – wenn auch kleines – Wachstum erzielen können, gilt mittlerweile allgemein als widerlegt. Anfang November hat die EU-Kommission für Deutschland noch ein Null-Wachstum angekündigt. Nur drei Tage später hat der IWF für die Bundesrepublik einen BIP-Rückgang um 0,8 % prognostiziert. Die Deutsche Bank rechnet inzwischen für das nächste Jahr mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 1,5 %. An einer schweren Rezession führt hierzulande wohl kein Weg mehr vorbei. Die Schicksalsfrage bleibt, ob es gelingt, eine Depression zu verhindern.

Geschäftsmodell

Das Ansehen der Banker hat in der Bevölkerung schweren Schaden genommen. Nur 20 % der Bundesbürger geben – einer neuen Studie zufolge – an, Finanzberatern zu vertrauen. Ein schlechteres Image haben nur noch Gewerkschaftsführer, Autoverkäufer und Politiker. Teilweise erschütternd ist das Niveau, auf dem sich viele „Private Banker“ ihren Kunden in der Krise präsentieren. Nach dem Motto „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ übertreffen sich manche „Berater“ bei der Verharmlosung der Realitäten und Risiken. Massive Beschwerden von Anlegern, deren Depots dank provisionsträchtiger Aktienfonds und Zertifikate kannibalisiert worden sind, werden achselzuckend abgetan. Und der extrem hohe Verkaufsdruck auf die Bankangestellten führt immer öfter dazu, dass die Anlegerinteressen den eigenen Renditezielen der Banken untergeordnet werden. Authentisch überliefert ist der Fall eines Private Bankers, der seinem Kunden nach dem durch diesen angeordneten Verkauf von um 45 % gefallenem Zertifikaten – mitten in der Krise - empfiehlt, den Restwert erneut in zweifelhaften Papieren dieser Art anzulegen. Es ist höchste Zeit, dass sich die Banken, die es angeht, von ihren vorrangig provisionsgesteuerten Geschäftsmodellen verabschieden.

Konsistente Strategie

Auch einige Führungsleute der internationalen Finanzwirtschaft haben sich beim Krisen-Management nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Der Chef von Lehman Brother hat nur drei Monate vor der spektakulären Pleite der Investmentbank erklärt: „Das Schlimmste ist überstanden.“ Der frühere Vorstandsvorsitzende einer deutschen Großbank kommentierte die zunehmende Verbriefung von Krediten, die später die Finanzkrise ausgelöst hat, so: „Durch die Verteilung und Streuung der Kreditrisiken verbessern sich Stabilität und Leistungsfähigkeit der Finanzmärkte.“ Derselbe Top-Banker kündigte im Oktober 2007 an, die Krise werde im Frühjahr 2008 ausgestanden sein. Der damalige Vorstandssprecher der Hypo Real Estate ließ im November 2007 wissen, sein Institut werde gestärkt aus der „Marktkrise“ hervorgehen. Und der frühere Chef der UBS, die bisher Verluste von über 32 Mrd. Euro ausgewiesen hat, erläuterte seinen Aktionären das Zwei-Säulen-Konzept aus Vermögensverwaltung und Investmentbanking in aller Bescheidenheit so: „Unsere

konsistente Strategie ist der Schlüssel zum Erfolg. Unsere Strategie verleiht uns Stabilität und Berechenbarkeit“.

Thielenhaus & Partner